

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Rossmann, FreundInnen und Freunde

betreffend eine steuerliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen ab 1. Jänner 2009

eingebracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend „Versagen von Wirtschaftsminister Barteinstein bei der Bekämpfung der Teuerung“

## Begründung

In den letzten Monaten sind als Folge steigender Rohölpreise die Preise für Benzin und Nahrungsmittel stark gestiegen. Die Inflationsrate erreichte in den letzten Monaten Werte bis knapp unter 4%, die höchsten seit 15 Jahren. Das und die kalte Progression führen heuer trotz erstmals wieder kräftigerer Lohnrunden zu erheblichen Nettoreallohnverlusten von durchschnittlich -0,7%. Die unteren und mittleren Einkommen sind davon deutlich stärker betroffen als die hohen Einkommen. Die bisher von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Entlastung der Einkommen (bis 1.350 € brutto monatlich) bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, die vorgezogene Pensionserhöhung und die Erhöhung des Pendlerpauschales reichen zur Kompensation der Einkommensverluste bei weitem nicht aus, zudem werden große Teile der Bevölkerung völlig ausgespart. Zunehmend größere Teile der Mittelschicht sind von einem Absturz in die Armut gefährdet.

Die Regierung, die den Menschen erst für 2010 eine Steuerentlastung in Aussicht gestellt hat, lässt somit viele Menschen im Stich. Angesichts der geringeren verfügbaren Einkommen sowie einer Reihe weiterer Belastungen von der unzureichende Pflegevorsorge, hoher Kosten für die Kinderbetreuung bis hin zu den Nachhilfestunden brauchen die Menschen nicht erst 2010 eine steuerliche Entlastung. Die Menschen brauchen diese Steuerentlastung sofort als Antwort auf die drohende Ölpreis- und Armutsfalle.

Auch die Halbierung der Mehrwertsteuer, wie sie von der SPÖ vorgeschlagen wird, ist keine treffsichere Antwort auf die Teuerung, weil angesichts kartellähnlicher Zustände im Lebensmittelhandel in keiner Weise gewährleistet ist, dass die Senkung der Mehrwertsteuer auch tatsächlich bei den KonsumentInnen ankommt und diesen dauerhaft erhalten bleibt.

Wir fordern daher eine sofortige und deutliche Entlastung der Lohn- und Einkommensteuer für die unteren und mittleren Einkommen in einer Größenordnung von 3,5 Mrd. Euro sowie zusätzlich die Abschaffung der kalten Progression:

- Die lohn- und einkommensteuerpflichtigen Einkommen sollen durch eine Tarifreform entlastet werden, wobei der Eingangssteuersatz von derzeit rund 38% substanziell gesenkt werden soll, etwa auf 33%. Der Höchststeuersatz bleibt unverändert bei 50%.

- Einkommen unter der Lohnsteuerpflicht (derzeit Bruttomonatseinkommen von 1.130 Euro) sollen entweder über Freibeträge in der Sozialversicherung oder über eine Anhebung der Negativsteuer entlastet werden.

Nur eine solche Entlastung ist treffsicher und damit auch ein taugliches Instrument bei der Bekämpfung der Teuerung, weil sie tatsächlich bei den KonsumentInnen ankommt. Zudem kann sie auch dazu beitragen, dem sich abzeichnenden Konjunkturabschwung entgegenzuwirken.

Zur Gegenfinanzierung dieser Steuer- bzw. Abgabenentlastung wird der Anteil der vermögensbezogenen Steuern an das Niveau der EU-15 herangeführt. Elemente einer stärkeren Besteuerung der Vermögen sind u.a. eine reformierte Erbschafts- und Schenkungssteuer - wobei die kleinen Erbschaften durch entsprechende Freibeträge verschont werden -, eine Vermögenszuwachssteuer und eine stärkere Besteuerung der Privatstiftungen. Auch die Reichen und Superreichen sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates beitragen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG:**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Finanzen werden aufgefordert, dem Nationalrat umgehend einen Vorschlag für eine spürbare Lohn- und Einkommensteuersenkung ab 1.1.2009 unter Berücksichtigung der oben angeführten Aspekte vorzulegen.“

